

Wieso sich Junge kaum für Politik interessieren

Die politische Bildung an den Schulen wird vernachlässigt.

Der Bund 11.4.14

Anja Burri und Beat Metzler

Die Volksabstimmung am 9. Februar hat es gezeigt: Nur ein Bruchteil der unter 30-Jährigen beteiligt sich an politischen Entscheidungen. Bloss 17 Prozent dieser Altersgruppe hat über die SVP-Initiative zur Masseneinwanderung abgestimmt. Seit der EWR-Abstimmung 1992 driftet die Stimmbeteiligung zwischen Alt und Jung auseinander. Politiker und Wissenschaftler orten grosse Defizite in der politischen Bildung an den Schulen.

Sie kritisieren in diesem Zusammenhang den Lehrplan 21. Zwar sei politische Bildung ein Thema, aber bloss ein untergeordnetes: Sie wird verschiedenen Fächern und Themen angegliedert. Damit

sei das Thema «dazu verurteilt, vernachlässigt zu werden», sagt Professorin Béatrice Ziegler von der Universität Zürich.

Der Berner SP-Ständerat Hans Stöckli sagt: «Die direkte Demokratie fällt nicht vom Himmel.» Als Präsident der Neuen Helvetischen Gesellschaft (NHG) treibt Stöckli eine politische Bildungsoffensive voran. Die Organisation hat einen 100-Punkte-Plan mit dem Ziel verabschiedet, ein nationales Kompetenzzentrum für politische Bildung zu etablieren. Zurzeit sei man daran, Verbündete zu suchen, sagt Stöckli. Im Juni lädt die NHG alle Bundeshausfraktionen zu einem Treffen ein. Ein parlamentarischer Vorstoss soll den Plänen Schub verleihen. Das Parlament zeigte sich in der Vergangenheit offen für

solche Anliegen. Im Dezember erteilte der Nationalrat dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation den Auftrag, einen Bericht zur politischen Bildung zu erstellen.

Jungparteien legen zu

Entgegen dem Trend an der Urne boomten die Jungparteien in der Schweiz. Die Juso etwa konnten ihre Mitgliederzahl seit 2008 auf 3159 verdreifachen. Aus dem Erfolg könne man aber nur bedingt auf die Politisierung der Jugend schliessen, sagen die Präsidenten der Nachwuchsparteien. Den Aufstieg hätten sie einem professionelleren Auftreten und permanenter Mobilisierung zu verdanken. – *Seiten 2 und 3*

Kommentar

Hannes Nussbaumer

Abstimmen - für das eigene Glück

Es liegt in der Natur einer Abstimmung, dass es um die Zukunft geht. Doch daran teil nehmen vor allem jene, die mehr Vergangenheit als Zukunft haben. 82 Prozent der 60- bis 69-Jährigen stimmten im Februar über die SVP-Initiative ab. Bei den unter 30-Jährigen waren es gerade einmal 17 Prozent. Hinzu kommt, dass sich der Generationencharakter verändert hat, was die Situation noch paradoxer macht: Waren früher die Jungen rebellisch, sind es laut Altersforscher François Höpflinger heute die Alten. Der Rentnerrebell ist misstrauisch gegenüber Behörden und Politik, überzeugt, dass früher alles besser war - und getrieben von der Angst, dass er etwas verlieren könnte.

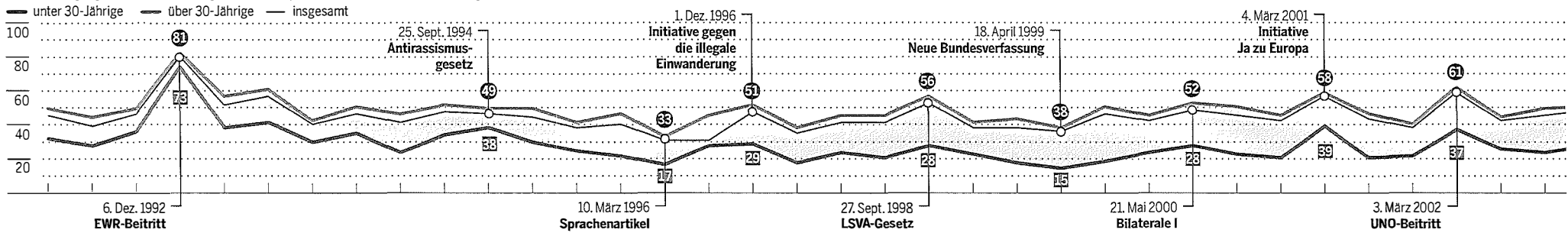
Des Band 11.4.14

Nun ist die Flucht der Jungen in die Abstinenz selbst gewählt. Also sind diese auch nicht zu bedauern, wenn andere über die Zukunft befinden. Trotzdem fragt man sich: weshalb die Abstinenz? Ist das Abstimmungsprozedere zu umständlich, zu wenig modern? Das kann nicht der Grund sein. Entscheidend ist doch nicht, wie viele Klicks es zum Abstimmen braucht. Entscheidend ist, ob jemand bereit ist, sich mit einer Vorlage zu befassen. Fehlt es also am Staatskundeunterricht? Gewiss wäre mehr Engagement der Schule erwünscht - doch Gleiches gilt für die Eltern: Wenn am Esstisch nie über Politik geredet wird, wenn Eltern sich nie zusammen mit ihren Kindern über ein Abstimmungscouvert beugen, dann haben auch engagierte Lehrer einen schweren Stand.

Studien zeigen, dass die meisten jungen Menschen für sich persönlich optimistisch sind - sie haben in der Schweiz auch Grund dazu: Sie profitieren von einem guten Bildungssystem, einer erfolgreichen Volkswirtschaft und einem gesunden Arbeitsmarkt. Doch offenbar fehlt das Bewusstsein, dass diese Faktoren von der Politik mitgestaltet werden. Öffentliche und private Sphäre sind keine getrennten Welten, sondern stehen in direkter Beziehung. Wer möchte, dass sich seine individuellen Hoffnungen erfüllen, sollte also das Couvert öffnen und abstimmen. Sonst steht er eines Morgens auf und merkt, dass sich sein Traum von einem Erasmus-Studienjahr im Ausland verflüchtigt hat, ohne dass er selbst etwas dazu gesagt hat.

Die Stimmbeteiligung von Jung und Alt driftet auseinander

Stimmbeteiligung an Volksabstimmungen in %, Stichprobenfehler für die unter 30-Jährigen bei +/- 7%



TA-Grafik / Ouelle: GFS Bern

Der Ruf nach mehr politischer Bildung verhallt seit Jahren

Allen ist klar: Keine direkte Demokratie ohne Staatskunde. Trotzdem harzt es genau damit.

Anja Burri

«Weniger Worte, mehr Taten», forderte Pierre Maudet, Präsident der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen, schon vor fast zehn Jahren. Damals rief der Europarat das «Jahr der politischen Bildung» aus. Wenn das Interesse der Jugendlichen an der Politik gesteigert werden solle, brauche es konkrete Massnahmen, sagte Maudet im Jahr 2005. Fünf Jahre später bestätigten Wissenschaftler diesen Befund. In einem Vergleichstest unter 37 Ländern zum politischen Wissen und Verstehen schnitten die Schweizer Jugendlichen zwar überdurchschnittlich gut ab und belegten hinter Ländern wie Finnland und Dänemark Rang 5. Trotzdem verfügte jeder vierte Schweizer Schüler über ungenügende Kenntnisse.

Kein politisches Selbstvertrauen

Beim Zutrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten landeten ausgerechnet die Jugendlichen aus der Schweiz - dem Land der direkten Demokratie - auf den hintersten Plätzen. Die Schweizer Schüler hätten es sich zum Beispiel eher nicht zugetraut, vor der Klasse über ein soziales oder politisches Thema offen zu sprechen, schrieben die Forscher. Und sie folgerten: «Wenn politischer Unterricht dem Zufall überlassen wird, so ist das ein unverantwortliches Erziehungshandeln.» Die Schule müsse dringend Raum schaffen für die politische Bildung.

Heute, noch einmal vier Jahre später, wird im Gespräch mit Wissenschaftlern, Lehrern und Politikern klar: An dieser Situation hat sich wenig geändert. «Die politische Bildung in der Schule hängt nach wie vor vom Engagement des einzelnen Lehrers ab», sagt Christian Fall-egger, Gymnasiallehrer aus Luzern. Das sei fatal. «Demokratie kann man nur leben, wenn man sie gelernt hat.»

Fallegger war zwischen 2004 und 2007 an einer Arbeitsgruppe des Bundes beteiligt. Deren Bemühungen, die politische Bildung der Kantone zu koordinieren, seien versandet. «Jetzt bräuchte es den politischen Willen von Bund und Kantonen und eine gesetzliche Grundlage», sagt er. «Graswurzel-Projekte» wie zum Beispiel die Onlineabstimmungshilfe Easyvote von Jugendlichen für Jugendliche seien vielversprechend, müssten aber besser bekannt gemacht und koordiniert werden. Dazu brauche es eine zentrale, verantwortliche Stelle.

Initiative für Bildungszentrum

Genau dies schwebt dem Berner SP-Ständerat Hans Stöckli vor. Als Präsident der Neuen Helvetischen Gesellschaft (NHG) treibt er eine politische Bildungs-offensive voran. Zum 100-Jahr-Jubiläum hat die Organisation kürzlich einen 100-Punkte-Plan verabschiedet. Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen, Parteien und privaten Organisationen ein nationales Kompetenz-zentrum für die politische Bildung

zu etablieren. Zurzeit sei man daran, Verbündete zu suchen, sagt Stöckli. Im Juni lädt die NHG Vertreter aller Bundeshausfraktionen zu einem Treffen ein.

Als konkrete Massnahme lanciert die NHG das Projekt Abstimmungsbeobachter: Sie lädt Jugendliche ein, am Abstimmungstag als «Wahlbeobachter» hinter die Kulissen von Bund, Kantonen und Gemeinden zu schauen.

Zu wenig Platz im Lehrplan 21

Auch der Lehrplan 21, der zum ersten Mal für alle Deutschschweizer Schüler die gleichen Lernziele festlegt, thematisiert die politische Bildung. Fachleute reagieren allerdings ernüchtert auf den Entwurf. Der Hauptkritikpunkt betrifft die «mangelnde Priorität»: Die politische Bildung habe keinen fixen Platz. Sie werde je nach Stufe verschiedenen Fächern und übergeordneten Themen zugeordnet. «Eine Thematik ohne Stundenzuteilung ist dazu verurteilt, vernachlässigt zu werden», sagt Béatrice Ziegler, Titularprofessorin der Universität Zürich, Professorin für Geschichte und Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Nordwestschweiz sowie Co-Leiterin des Zentrums für Demokratie Aarau. Sie war als Mitglied der Lehrplangruppe Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) an der Entstehung des Lehrplans 21 beteiligt.

Ziegler kritisiert den Lehrplan 21 für die älteren Schüler: Ab der 7. Klasse vermittelt dieser zwar Werte wie Menschenrechte und Demokratie. Die Schüler lernten aber nicht, als Bürger am politischen System der Schweiz teilzunehmen - abzustimmen, zu wählen oder sich politisch zu engagieren. Dafür brauche es einen Grundstock an Wissen über das politische System Schweiz und praxisnahen Unterricht, in dem man etwa die Entstehung eines Gesetzes durchspielen könne.

Ziegler schlägt vor, in der 8. und 9. Klasse je eine Projektwoche für politische Bildung zu reservieren. Die Professorin rechnet nicht damit, dass die verantwortlichen Deutschschweizer Erziehungsdirektoren (D-EDK) bei der Überarbeitung des Lehrplans 21 der politischen Bildung mehr Platz einräumen werden. Dafür gebe es zu wenig öffentlichen Druck. Heute stellt die D-EDK in Zürich den Fahrplan zur Überarbeitung vor.

Im Zuge des neuen Lehrplans entsteht bis Ende 2016 auch ein neues Lehrmittel für Geschichte und politische Bildung. Dieses wird unter anderem die im Lehrplan vorgesehenen Themen Demokratie, Menschenrechte und das Verhältnis der Schweiz zu Europa abdecken, wie Historiker und Projektleiter Jan Hodel von der Pädagogischen Hochschule Nordwestschweiz sagt. «Häufig erfahren Jugendliche Politik als etwas, das über ihre Köpfe hinweg passiert», sagt er. Die Schule habe die Aufgabe, den Übergang vom unbeteiligten Zuschauer zum Teilnehmer zu begleiten. «Das ist schwieriger, als es tönt.»

Die Zerstäubten

Nur 17 Prozent der unter 30-Jährigen haben sich an der Abstimmung über Nach dem Ja sind viele Junge über ihre Abstinenz erschrocken. Dabei gibt

Wer schweigt, ist einverstanden. Und wer sich nicht an der Politik beteiligt, nimmt die Verhältnisse so, wie sie sind. Die dramatisch gesunkene Beteiligung junger Menschen an politischen Abstimmungen in der Schweiz illustriert damit nur den grösseren Befund, wie ihn das aktuelle Jugendbarometer formuliert, das die CreditSuisse gemeinsam mit dem politischen Forschungsinstitut GFS in Bern jeweils im Herbst aufdatiert: Es gebe keine Anzeichen einer Auflehnung der Jugendlichen im politischen Sinn. Und: «Das Vertrauen in das Schweizer Staatswesen ist gegeben und sogar tendenziell steigend.» Nur 4 Prozent der Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren sagten, das politische System des Landes benötige Reformen.

Es erscheint logisch: Wo immer mehr junge Leute dem Staat vertrauen, sinkt ihr politisches Engagement. Doch selbst wenn dieser Schluss richtig ist, beantwortet er nicht die Frage, woher das plötzliche Vertrauen der jungen Generation in die politischen Akteure kommt. Dass mit diesem Vertrauen etwas nicht stimmen könnte, dafür gibt ein Kommentar einen ersten Hinweis, den Projektleiter Lukas Golder zum Jugendbarometer gegeben hat: «Es fehlt etwas der Willen, für die Gesellschaft verstärkt Verantwortung zu übernehmen.»

Auf «Politikdistanz» gegangen

Deutlicher wird Beate Grossegger, Leiterin des Instituts für Jugendkulturforschung in Wien: «Junge Menschen sind vor allem dann bereit, sich zu engagieren, wenn sie aus ihrem Engagement einen konkreten persönlichen Nutzen ziehen können.» Sie kämpfen also gegen höhere Studiengebühren oder gegen beengende Nachtruhegebühren. Aber sie nehmen kaum an Abstimmungen teil, wie der 9. Februar gezeigt hat, als 17 Prozent der 18- bis 29-Jährigen über die Masseneinwanderungsinitiative abgestimmt haben. «Politikdistanz» nennt Grossegger das Phänomen.

Das hat nicht nur mit urchigen Ritualen in Parlamenten und Stimmlökalen zu tun, mit denen junge Menschen immer weniger anfangen können. Ein tieferer Grund dürfte im «Optimismus-Pessimismus-Paradoxon» liegen, wie Beate Grossegger sagt: Es besagt, dass gerade Junge ihre persönliche Zukunft viel optimistischer einschätzen als die der gesamten Gesellschaft. Dieses Phänomen habe sich zuletzt zugespitzt, sagt Grossegger. Eine Studie ihres Wiener Instituts zeigte vor drei Jahren: Wo sich 64 Prozent der Österreicher zwischen 14 und 29 Jahren für ihre eigene Zukunft «eher zuversichtlich» gaben, waren es nur 22 Prozent, die für die Gesellschaft genauso optimistisch waren. Kurzum: Die Vorstellung, dass die eigenen Perspektiven eng mit denen des Gemeinwesens verknüpft sind, existiert nur noch für eine Minderheit.

Und so ersetzt das Vertrauen immer mehr die Verantwortung. Bis in die Achtzigerjahre hinein waren die Jugendkulturen gewillt, die Zukunft zu übernehmen. «Wir wollen die Welt, und wir wollen sie jetzt», sang Jim Morrison 1967. Und auch



Sie vertreten eine Minderheit: Schüler debattieren im Rahmen einer Projektwoche im National

das «No Future» der Punks galt keineswegs ihnen selber, sondern, wenn man den Sex Pistols richtig zuhört, der englischen Königin und ihrem «faschistischen Regime». Der Song zum Slogan klang, als schreddere er gerade das System. Dieser optimistische Furor ist aus der Jugend- und Popkultur verschwunden. Und einer genauso laut agitierten Lethargie gewichen. So sangen die Wavves vor drei Jahren zur Gisch ihrer Stromgitarren: «Das wär schon was, die Welt anzupacken.» Nur, um die Zeile so lange zu wiederholen, bis kein Zweifel mehr bestand: Dieser Vorsänger wird die Welt nicht einmal mit dem Stecklein anfassen.

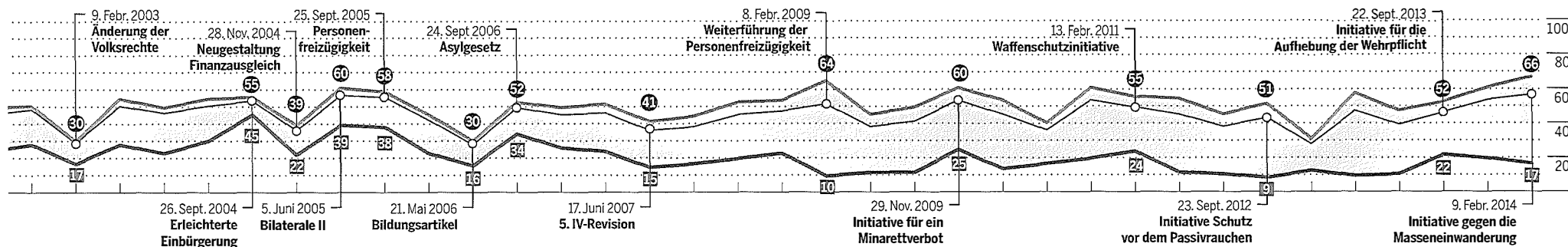
Der Tag, als die Hoffnung starb

Zwei Generationen nach Jim Morrison ist diese Welt nichts mehr, was man haben möchte. Vielleicht war es der 5. April 1994, als von der Jugendkultur der letzte Rest an Hoffnung abfiel, die Welt verbessern zu können. An diesem Tag erschoss sich Kurt Cobain, der als letzter Rockstar angestürmt war gegen einen Markt und eine Politik, die jedes jugendliche Nein so lange in den

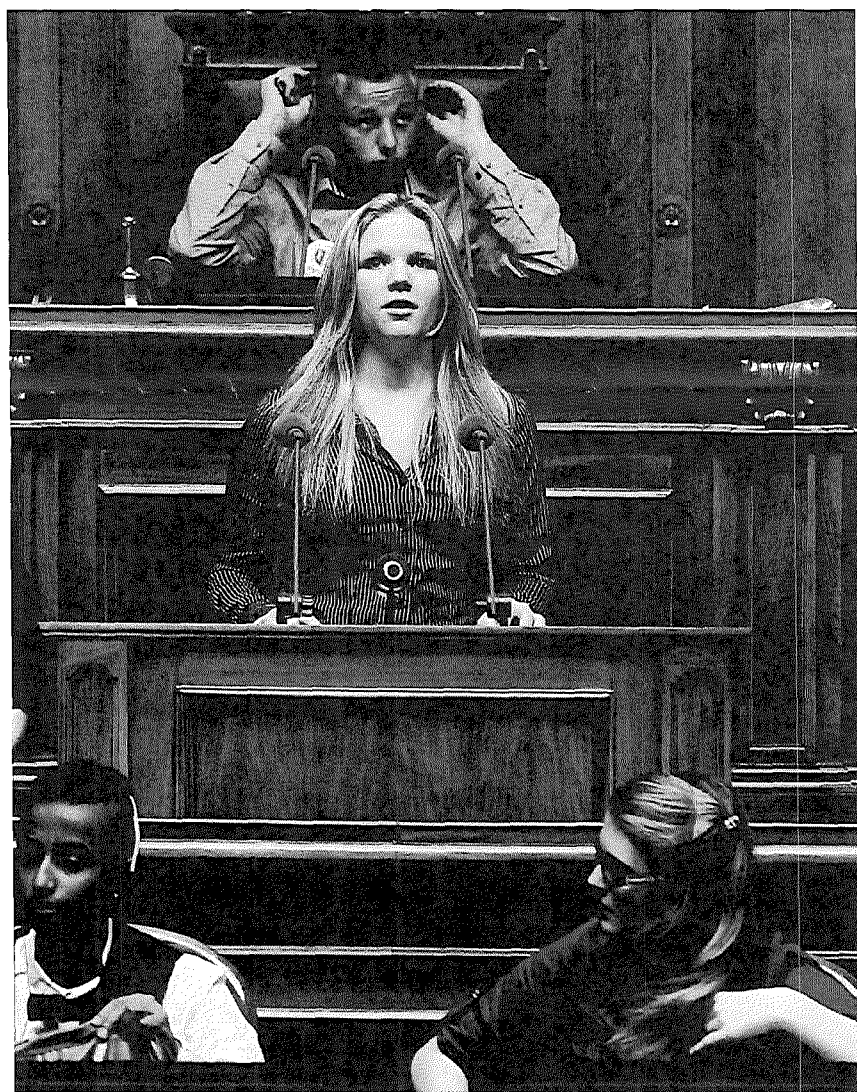
Schwitzkasten ihrer Umarmung nehmen, bis es Ja zu sagen lernt.

Die Jugendkultur hatte den bürgerlichen Lebensstil infiltriert, worüber Cobain aber nur höhnen konnte. In seinem grössten Hit sang er über das Parfüm «Teen Spirit» und die Fähigkeit der Industrie, den Geruch der Jugend anzunehmen - und zu zerstäuben. Nun, seit 1994 hat die Jugend ihren symbolischen Einfluss auf Kunst und Konsum nochmals ausgebaut. Doch verlor sie gleichzeitig, weil ihr Anteil an der Bevölkerung ständig sinkt, an realem Impact. Und an Wohlstand und Sicherheit: Gerade hat das Pew Research Center in Washington D.C. in einer Studie gezeigt, dass die 18- bis 33-jährigen US-Amerikaner heute über weniger Arbeit, Einkommen und Vermögen verfügen als die zwei Generationen vor ihnen, als sie im gleichen Alter waren. Ein Befund, der auch den Jungen in der Schweiz gut bekannt ist.

Hinter der politischen Abstinenz steht also nicht nur Desinteresse. Sondern auch Desillusion, verbunden mit den verinnerlichten Prinzipien einer neuen, neoliberalen Arbeitswelt, die auf flexible



die Masseneinwanderungsinitiative beteiligt. es gute Gründe dafür. *Christoph Fellmann*



ratssaal. Die meisten ihrer Altersgenossen interessieren sich nicht für Politik. Foto: Keystone

Anpassung setzt. «Niemer het z tüe / Niemer het Zyt», fassen Jeans for Jesus aus Bern dieses Leben auf ihrem eben erschienenen Debütalbum zusammen. Und es setzt sich fort in den sozialen Netzwerken, wo das «übermässige Bekenntnis zum echten Selbst», wie es Beate Grossegger formuliert hat, die Wahrheit nur schlecht kaschiert: «In den Selbstporträts, die Jugendliche ins virtuelle Schaufenster stellen, zeigt sich ein Bekenntnis zu wettbewerbsorientiert-erfolgsgesellschaftlichen Prinzipien, die die Welt der Erwachsenen prägen.» Das Facebook-Konto als Profitcenter im Kampf um Profil und Aufmerksamkeit.

Bloss kein Bruch der Normen

Der gute alte Generationenkonflikt ist damit ausgeräumt. Die Welt der Jungen gleicht der Welt der Erwachsenen, und die Zeiten, da man am Gymnasium und im Studium noch genügend Zeit hatte, nebenher die Welt zu retten, sie sind vorbei. Die Ausbildung ist auch in geistigen und künstlerischen Studiengängen in Stundenplänen organisiert und wird zu Punkten verrechnet. Und nach Abschluss geht es im Kampf um

Skills nahtlos in die Fortbildung über. Marlis Buchmann, Leiterin des Jacobs Center für Jugendforschung am Soziologischen Institut der Uni Zürich, glaubt, dass die Bologna-Reform aufs politische Engagement der Studenten drückt: «Das neue System macht die Studien nicht nur härter, es fördert auch das Kalkül: Man wägt einen Einsatz danach ab, wie viele Punkte man dafür kriegt.»

Auch im studentischen Milieu, wo sich Jugendkultur und Protest traditionell zuerst zeigen, ist eine pragmatische, realistische Generation am Werk. «Normopathen», wie Beate Grossegger sie nennt, «die sich gezielt an akzeptierten Normalstandards orientieren.» Denn nicht der Bruch mit den Standards führt in die halbwegs sichere Zukunft, sondern ihre Einhaltung. Also werden hier, mit einiger Zuversicht, Zeit und Engagement investiert. Diese jungen Menschen sind schweigend einverstanden, weil ihre Zukunft schon jetzt davon abhängt. Nicht erst, wenn sie erwachsen sind.

Video Jugendliche erklären, wieso die Politik sie kaltlässt
www.politikverdross.derbund.ch

Traumhafte Wachstumsraten

Die Jungparteien boomen, weil sie ihre Anhänger geschickt mobilisieren.

Beat Metzler

Wären die Juso ein Privatunternehmen, würde der CEO von «traumhaften Wachstumsraten» schwärmen. Seit 2008 konnten die Jungsozialisten ihre Mitgliederzahl verdreifachen, von 1090 auf 3159. Noch steiler bergauf geht es bei den Jungen Grünen, von 300 Mitgliedern 2010 sind sie auf gut 1500 gewachsen.

Auch die restlichen Jungparteien vermelden «Tendenz steigend». Exakte Zahlen können sie aber nicht liefern, weil sie stark kantonal organisiert sind. «Den Aufwärtstrend bemerken wir daran, dass sich mehr Junge für Veranstaltungen und Initiativen einsetzen», sagt Maurus Zeier, Präsident der Jungfreisinnigen.

Aus diesem Erfolg könne man jedoch nur bedingt auf die Politisierung der Jugend schliessen, heisst es bei den Jungparteien. Den Aufstieg der letzten Jahre verdankten sie vor allem ihrem professionelleren Vorgehen. Mit frischen Auftritten (Joint rauchend, oben ohne) und frischen Ideen sicherten sich besonders Juso und Junge Grüne mediale Aufmerksamkeit. Vom Wirbel profitieren wiederum die bürgerlichen Jungparteien.

Um nicht wieder zu schrumpfen, hält sich der Parteienwuchs mit Aktionen und Initiativen im Gespräch: «Wenn wir uns nicht ständig bemerkbar machen, flaut das Interesse schnell ab», sagt Anian Liebrand, Präsident der Jungen SVP. Wichtig sei ein Gespür für Anliegen, welche die Jungen beschäftigten, sagt Andreas Lustenberger, Co-Präsident der Jungen Grünen. Am besten erarbeite man diese zusammen mit der Basis.

Beliebt sind Themen, welche die Lebenswelt der Jugendlichen direkt betreffen. Die junge SVP fördert die Legalisierung von Snus, den unter Jungen beliebten Mundtabak. Die Jungen Grünen punkteten mit der Forderung zur Abschaffung der Wehrpflicht.

Die Juso setzen lieber auf die «grossen Fragen»: Wer hat die Macht im Land? Wie erreicht man Gerechtigkeit? «Wenn wir solche Themen in eine griffige Vorlage wie die 1:12-Initiative verpacken, dann beschäftigt das sehr viele Jungen», sagt Juso-Präsident Fabian Molina.

Die Hemmung vor der Urne

Die Präsidenten sagen, dass sie die meisten Jungen als politisch interessiert wahrnehmen. Die tiefe Beteiligung am 9. Februar überraschte deshalb. Erklärungen dafür liefern sie verschiedene:

- Das Thema der Vorlage blieb zu abstrakt und symbolisch.
- Die Jungparteien haben zu wenig über die sozialen Medien mobilisiert.
- Die Abneigung, an die Urne zu gehen, ist unter vielen Jugendlichen gross.
- Wohlstand vermittelt das trügerische Gefühl, dass alles gut laufe.

Einig sind sich die Präsidenten, dass die Schulen den wichtigsten Beitrag an die Politisierung leisten. Als vorbildlich loben sie Young ZH. Zu diesem Verein haben sich Zürcher Jungparteien zusammengeschlossen, um an Schulen Vorträge und Diskussionen durchzuführen. «Wenn Junge über Politik reden, wirkt das auf Junge viel überzeugender, als wenn es ältere Männer tun», sagt Adrian Moser, abtretender Young-ZH-Präsident und Präsident der Jungen Zürcher CVP.

«Wir sind ein bisschen faul»



Blerta (29)
Studentin

«Worum ging es denn bei der letzten Abstimmung? Stimmt, die Masseneinwanderung. Ich habe nicht abgestimmt. Ich lerne

gerade auf Prüfungen, arbeite drei Abende die Woche am Empfang eines Fitnesscenters und bin ziemlich unter Druck. Mich mit dem Thema vertieft auseinanderzusetzen, dazu bin ich schlicht nicht gekommen. Das Thema ist heikel, und ich hätte es schwierig gefunden, Position zu beziehen. Mein Grossvater ist aus Albanien in die Schweiz gezogen. Meine Wurzeln hätten mir ein Ja eigentlich verboten. Und doch: Ich kann die Argumente der SVP nachvollziehen. Ich denke, wir Jungen sind einfach ein bisschen faul, für uns muss alles schnell gehen. Wäre das Abstimmungsprozedere einfacher - zum Beispiel per Smartvote möglich -, würden wohl mehr von uns abstimmen.»



Paula (18)
Gymnastin

«Ich habe zum ersten Mal abgestimmt, für mich war es ein klares Nein. Wir brauchen die Ausländer für Arbeiten, die wir nicht machen können oder wollen. Den Dichte-

stress, der offenbar viele zu einem Ja bewogen hat, nehme ich nicht wahr. Es ist mir aber bewusst, dass ich als Gymnastin privilegiert bin. Ich muss nicht befürchten, dass mir jemand die Stelle weg schnappt, und habe Zeit, mich eingehend mit Themen zu beschäftigen. Dass jemand Ja gestimmt hat, kann ich nachvollziehen. Nicht aber, dass er oder sie nicht abgestimmt hat. Jeder sollte sich mit Politik befassen, sie bestimmt unser Leben. Ich glaube nicht, dass online mehr Junge abstimmen würden als brieflich, es kommt auf dasselbe raus. Dass die 50-Jährigen die Vorlage entschieden haben, finde ich nicht schlimm: Sie sind erfahren und immer noch am Ball.»



Giorgio (18)
Gymnasiast

«Ich habe ein überzeugtes Nein in die Urne eingelegt. Ich bin links eingestellt und finde es unfair, wenn Leute, die für uns arbeiten, ihre

Familie nicht nachziehen dürfen. Letztlich erschwert das nur die Integration. Es ist peinlich, dass von den unter 30-Jährigen nur 17 Prozent abgestimmt haben. Gerade uns Junge betrifft das Thema doch am meisten. Viele haben wohl anderes am Hut, sind mit sich beschäftigt, ihrer Zukunft, ihren Beziehungen. Dass die Jugend nur über soziale Medien ansprechbar sein soll, halte ich für ein Klischee. Gäbe es eine Abstimmungs-App, würde das Resultat nur noch willkürlicher ausfallen. Ich finde es daher richtig, dass die Abstimmungsunterlagen reizlos und neutral daherkommen. Politik sollte vor allem auch in der Schule eine grössere Rolle spielen, so wären alle gezwungen, sich damit zu beschäftigen.»



Ludovic (29)
Coiffeur

«Ich bin seit zwei Jahren Schweizer und habe noch nie abgestimmt. Die Unterlagen landen immer gleich im Altpapier. Die Schweiz

wäre heute nicht das, was sie ist, hätte man gröbere Fehler gemacht. Solange es uns so gut geht, können wir uns auch raushalten. In meinem Umfeld denken viele wie ich: Wir sind grundsätzlich zufrieden und zu sehr mit uns selbst beschäftigt, um uns auf Abstimmungen einzulassen. Die in den 70er-Jahren Geborenen sind noch engagiert, die in den 80er-Jahren Geborenen etwas faul und die in den 90er-Jahren Geborenen so richtig faul. Schlimm finde ich das nicht. Beruflich bin ich oft auf Reisen, und nach dem Ja zur Masseneinwanderung habe ich eine gewisse Spannung uns Schweizern gegenüber gespürt. Das wird sich wieder legen. Über ein Thema würde ich abstimmen: einen längeren Vaterschaftsurlaub.»